



## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
  
- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 09.01.2019**
  
- 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
  - 3.1 Energiekonzept Krampnitz  
Vorlage: 18/SVV/0603  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
  
  - 3.2 Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese  
Vorlage: 18/SVV/0348  
Fraktion DIE aNDERE
  
  - 3.3 Fun-Sporthalle - Standort Friedrich-Engels-Straße  
Vorlage: 18/SVV/0686  
Fraktion DIE LINKE
  
  - 3.4 Konkretisierung der Ziele für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld  
Vorlage: 18/SVV/0735  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
  
  - 3.5 Fläche für soziokulturelle Nutzung sichern  
Vorlage: 18/SVV/0743  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
  
  - 3.6 Trinkwasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungskonzept 2019 - 2023  
Vorlage: 18/SVV/0839  
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
  
  - 3.7 Errichtung und Betrieb von Büro-, medizinischen Werk- und Laborflächen für innovative KMU aus dem Cluster Gesundheitswirtschaft (MED:IN)  
Vorlage: 18/SVV/0854  
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
  
  - 3.8 Grundstücksverkäufe zum Höchstgebot stoppen  
Vorlage: 18/SVV/0868  
Fraktion DIE aNDERE
  
  - 3.9 Verkaufsstopp für städtische Grundstücke  
Vorlage: 18/SVV/0869  
Fraktion DIE aNDERE

- 3.10 Soziale Abfederung von steigenden Energiepreisen  
Vorlage: 18/SVV/0871  
Fraktion DIE LINKE
- 3.11 Gutshaus Satzkorn für öffentliche Nutzung erschließen  
Vorlage: 18/SVV/0877  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.12 Vereinbarung zwischen Stadt Brandenburg an der Havel und der  
Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 18/SVV/0885  
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
- 3.13 Statistischen Jahresbericht nach Geschlechtern darstellen  
Vorlage: 18/SVV/0891  
Stadtverordnete Janny Armbruster, Gesine Dannenberg, Birgit Eifler, Saskia  
Hüneke, Dr. Sigrid Müller, Ingeborg Naundorf, Dr. Karin Schröter, Jana Schulze,  
Katharina Tietz

#### **4 Mitteilungen der Verwaltung**

- 4.1 Verfahrensvorschlag zur Mitwirkung der Stadtverordnetenversammlung an der  
Erstellung der Elternbeitragsordnung  
gemäß Beschluss: 18/SVV/0385 (MV: 18/SVV/0932)
- 4.2 Jährliche Berichterstattung zum Forum Kramnitz  
gemäß Beschluss: 18/SVV/0130
- 4.3 Sanierung von Potsdamer Brücken  
Vorlage: 18/SVV/0931  
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

#### **5 Sonstiges**

#### **Nicht öffentlicher Teil**

- 6 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über  
eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils  
der Sitzung vom 09.01.2019
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 8 Sonstiges

## Niederschrift:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

#### zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 09.01.2019**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 17 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Hinsichtlich der vorliegenden öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

##### **Zurückstellungen:**

- Der **Tagesordnungspunkt 3.2**, Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese, DS 18/SVV/0348, soll zurückgestellt werden, da das Votum des Ausschusses für Bildung und Sport fehlt.
- Der **Tagesordnungspunkt 3.5**, Fläche für soziokulturelle Nutzung sichern, DS 18/SVV/0743, soll zurückgestellt werden, da das Votum des Ausschusses für Finanzen fehlt.
- Der **Tagesordnungspunkt 3.8**, Grundstücksverkäufe zum Höchstgebot stoppen, DS 18/SVV/0868, soll zurückgestellt werden, da das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr fehlt.
- Der **Tagesordnungspunkt 3.9**, Verkaufsstopp für städtische Grundstücke, DS 18/SVV/0869, da das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr fehlt.

##### **Änderungen in der Reihenfolge:**

- Der **Tagesordnungspunkt 3.6**, Trinkwasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungskonzept 2019 – 2023, DS 18/SVV/0839 soll als **Tagesordnungspunkten 4.4**, behandelt werden, da es sich um eine Mitteilungsvorlage handelt.

##### **Erweiterungen:**

- Unter **Tagesordnungspunkt 6., Sonstiges**, werden die Themen - Wahleinsprüche gegen die Wahl des OBM und Entsendung von Stadtverordneten zur Hauptversammlung des Deutschen Städtetages aufgerufen.

Gegen die so geänderte Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Niederschrift der 87. Sitzung des Hauptausschusses vom 09.01.2019 in Gänze zu bestätigen, soweit es keinen Änderungsbedarf für den nicht öffentlichen Teil der Sitzung gibt. Gegen diesen Verfahrensvorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Die Niederschrift der 87. öffentlichen/ nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 09.01.2019 wird mit 13 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen bestätigt.

### zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### zu 3.1 **Energiekonzept Krampnitz**

**Vorlage: 18/SVV/0603**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung hat dem Antrag einstimmig mit Änderungen zugestimmt, die den Mitgliedern des Hauptausschusses mit den Stellungnahmen der Ausschüsse vorliegen.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass der Antrag in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr als durch Verwaltungshandeln erledigt erklärt wurde.

Nachdem Herr Schenke, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen, erklärt, dass der erbetene „Zeitstrahl“ in der gestrigen Ausschusssitzung ausgereicht worden sei:

**Abstimmung:**

Die Feststellung, dass der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt ist, wird

einstimmig **angenommen.**

#### zu 3.2 **Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese**

**Vorlage: 18/SVV/0348**

Fraktion DIE aNDERE

**zurückgestellt** – das Votum des Ausschusses für Bildung und Sport fehlt

#### zu 3.3 **Fun-Sporthalle - Standort Friedrich-Engels-Straße**

**Vorlage: 18/SVV/0686**

Fraktion DIE LINKE

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft empfiehlt mit folgenden Änderungen die Zustimmung zu diesem Antrag:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob der Standort Friedrich-Engels-Straße, der für die Errichtung von Leichtbauhallen vorbereitet ist, **bzw. weitere städtische Standorte,** dafür eingesetzt werden ~~kann~~ **können,***

~~Leichtbauhallen~~ als **eine Fun-Sporthalle** mit Skateranlage zu ~~nutzen~~ **errichten**.

Dem schließt sich der Ausschuss für Bildung und Sport, einschließlich einer Terminänderung der Berichterstattung in der Stadtverordnetenversammlung auf **Juni 2019** an.

Herr Kirsch bittet darum, in die Prüfung auch die damit entstehenden Kosten einzubeziehen.

Daraufhin schlägt der Oberbürgermeister folgende Textfassung vor:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt **inklusive der Kosten** zu prüfen, ob der Standort Friedrich-Engels-Straße, der für die Errichtung von Leichtbauhallen vorbereitet ist, **bzw. weitere städtische Standorte**, dafür eingesetzt werden **kann können**, ~~Leichtbauhallen~~ als **eine Fun-Sporthalle** mit Skateranlage zu ~~nutzen~~ **errichten**.*

~~Der Stadtverordnetenversammlung ist im Januar-2019~~ **Juni 2019** zu berichten.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **inklusive der Kosten** zu prüfen, ob der Standort Friedrich-Engels-Straße, der für die Errichtung von Leichtbauhallen vorbereitet ist, **bzw. weitere städtische Standorte**, dafür eingesetzt werden **kann können**, ~~Leichtbauhallen~~ als **eine Fun-Sporthalle** mit Skateranlage zu ~~nutzen~~ **errichten**.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im ~~Januar-2019~~ **Juni 2019** zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen**.

#### **zu 3.4 Konkretisierung der Ziele für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld Vorlage: 18/SVV/0735**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Der Oberbürgermeister verweist eingangs auf die vorliegenden Voten der Fachausschüsse und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr.

Anschließend erläutert Herr Goetzmann, Fachbereichsleiter Stadtplanung und Stadterneuerung, die in der gestrigen Ausschusssitzung empfohlenen Änderungen und beantwortet die Fragen der Mitglieder des Hauptausschusses.

Die vom Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfohlene Fassung wird anschließend zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Ziele für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld werden für die Restlaufzeit der Maßnahme wie folgt konkretisiert:

1. **Auf dem nördlichen Teil der Fläche zwischen der Georg-Hermann-Allee und der Leonardo-Da Vinci-Schule (Baufeld MI im B-Plan Nr. 80.2 „Rote Kaserne West, nördlich Esplanade“) ist geförderter Wohnungsbau vorzusehen.**

~~Auf dem nördlichen Teil der Fläche zwischen der Georg-Hermann-Allee und der Leonardo-Da Vinci-Schule werden als jeweils getrennte Einrichtungen eine Kindertagesstätte mit 120 Plätzen und eine Jugendfreizeitstätte mit 105 Plätzen errichtet. (Baufeld MI im B-Plan Nr. 80.2 „Rote Kaserne West, nördlich Esplanade“)~~

2. Im Quartier nördliche Gartenstadt wird zusätzlich zu der im Bau befindlichen Einrichtung eine Kindertagesstätte mit 90 Plätzen errichtet (Baufeld WA 24 im B-Plan Nr. 66B „Nördliche Gartenstadt“, 1. Änderung „Nordbereich“).
3. Im Quartier Rote Kaserne West wird westlich der Georg-Hermann-Allee auf dem nördlichsten Baufeld eine Kindertagesstätte mit 150 Plätzen errichtet (Baufeld WA 1.1 im B-Plan Nr. 80.3 „Rote Kaserne West“).
4. Auf dem Grundstück an der David-Gilly-Straße, das temporär durch eine Gemeinschaftsunterkunft genutzt wird, wird nach Aufgabe der derzeitigen Nutzung eine Kindertagesstätte mit je nach Bedarf 90 bis 120 Plätzen errichtet (Baufeld C im B-Plan Nr. 40 „Kaserne Kirschallee“).

5. **Auf dem Gemeinbedarfsstandort an der David-Gilly-Straße sind in baulicher Kombination mit der Kita und ggf. mit Sportfunktionsräumen Räume für einen Bürgertreff vorzusehen.**

~~Räume für einen Bürgertreff werden entweder in Kombination mit der Jugendfreizeit-einrichtung (s. Ziel 1) oder in Kombination mit der Kita Georg-Hermann-Allee (s. Ziel 3) geschaffen.~~

6. **Westlich der Georg-Hermann-Allee wird das Baufeld, das an den neuen Betriebshof des Volksparks angrenzt (Baufeld WA 8 im B-Plan Nr. 80.3 „Rote Kaserne West“), für Wohnungsbau genutzt. Dabei sind auch Wohnheime für Studierende und andere Sonderwohnformen zu berücksichtigen. 50% der entstehenden Wohnungsbauflächen sind für geförderten Wohnungsbau vorzusehen. In räumlicher Orientierung zum Volkspark sind baulich integriert in die Wohnbebauung eine Kita und eine Jugendfreizeitstätte vorzusehen. Im Rahmen des geltenden Baurechts wird eine Umsetzungsstudie in Abstimmung mit den Fachbehörden erarbeitet.**

~~Westlich der Georg-Hermann-Allee wird das Baufeld, das an den neuen Betriebshof des Volksparks angrenzt, für geförderten Wohnungsbau (möglich sind dabei auch Wohnheime für Studierende) angeboten (Baufeld WA 8 im B-Plan Nr. 80.3 „Rote Kaserne West“). Darüber hinaus wird die südlich an die gemäß obiger Ziffer 3 für eine Kindertagesstätte vorgesehene Fläche (WA 1.1) angrenzende Baufläche (Baufeld WA 1.2 im B-Plan Nr. 80.3 „Rote Kaserne West“) für geförderten Wohnungsneubau vorgesehen.~~

7. **Die Baufelder WA 1.2, WA 4 und WA 6 sind jeweils zu 50% mit gefördertem Wohnungsbau und mit zum Volkspark orientiertem freifinanzierten Wohnungsbau zu entwickeln. Die Veräußerung der Grundstücke für den freifinanzierten Wohnungsbau soll über Konzeptvergaben erfolgen, um bevorzugt mit dem Park**

### **verträgliche Wohnformen anzusiedeln.**

**7.8.** Im Kleinen Wiesenpark wird zur Erweiterung der Möglichkeiten für den Freizeitsport ein Kleinspielfeld hergestellt.

Die Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH ist in ihrer Funktion als Treuhänderin der Landeshauptstadt Potsdam mit den Planungen und der Durchführung der vorgenannten Maßnahmen zu beauftragen. (Anlage: Lageplan)

**Als Vorhaltefläche für ein Kiezbad im Potsdamer Norden werden der in der Mitteilungsvorlage DS 17/SVV/0336 untersuchte Standort im südwestlichen Umfeld der Biosphäre sowie alternativ ein Standort in Krampnitz weiterverfolgt.**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>16</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

#### **zu 3.5 Fläche für soziokulturelle Nutzung sichern**

**Vorlage: 18/SVV/0743**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**zurückgestellt** – das Votum des Ausschusses für Finanzen fehlt.

#### **zu 3.6 Trinkwasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungskonzept 2019 - 2023**

**Vorlage: 18/SVV/0839**

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Behandlung unter dem Tagesordnungspunkt 4 – Mitteilungen der Verwaltung

#### **zu 3.7 Errichtung und Betrieb von Büro-, medizinischen Werk- und Laborflächen für innovative KMU aus dem Cluster Gesundheitswirtschaft (MED:IN)**

**Vorlage: 18/SVV/0854**

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Der Oberbürgermeister begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Grebner, Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH, und Frau von Prietz, Beteiligungsmanagement, die beide für evtl. Rückfragen zur Verfügung stehen.

Herr Dr. Scharfenberg bezieht sich auf die Ausführungen in der Beschlussvorlage zum Gesellschaftsvertrag, und fragt, ob die praktizierten Grundregeln, wie die Mitwirkung des Aufsichtsrates an der Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer, auch hier Anwendung finden. Herr Grebner verweist darauf, dass die Geschäftsführer der Diagnostik GmbH die geborenen Geschäftsführer des MED:IN seien und z.B. bei einer Abberufung aus der Diagnostik GmbH gleichzeitig aus dem MED:IN abberufen werden.

Auf Bitte von Herrn Dr. Scharfenberg, das in belastbarer Weise in der

Beschlussvorlage kenntlich zu machen und diesen Verweis hier aufzuführen, sagt Herr Grebner eine entsprechende Ergänzung bis zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu.

Im Weiteren fragt Frau Armbruster nach, warum das MED:IN auf dem Gelände des Klinikums und nicht z.B. in Golm angesiedelt werde. Herr Grebner entgegnet, dass Produkte und Leistungen auf dem Campus entwickelt werden, also in einer Art life cooperation. Damit sei Golm zu weit weg und nicht geeignet. Der Oberbürgermeister ergänzt, dass hier eher die Nähe zur „praktischen Medizin“ als zur Wissenschaft benötigt werde und die Patienten natürlich nicht hin und her gefahren werden könnten.

Anschließend wird die Beschlussvorlage unter dem Vorbehalt der zugesagten **Ergänzung der Beschlussvorlage** zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Das Vorhaben MED:IN, das die Errichtung und den Betrieb von Büro- und medizinischen Werk- und Laborflächen für innovative kleine und mittlere Unternehmen (KMU) aus dem Cluster Gesundheitswirtschaft vorsieht, ist durch eine 100%ige Enkelgesellschaft der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH zu planen und umzusetzen.
2. Dem Verkauf von 100% der Geschäftsanteile der MVZ Medizinisches Versorgungszentrum Bad Belzig GmbH an der Medizinisches Versorgungszentrum Berlin-Charlottenburg GmbH zu einem Kaufpreis in Höhe von 25 T€ an die Ernst von Bergmann Diagnostik GmbH wird zugestimmt.
3. Der Umfirmierung des Medizinischen Versorgungszentrums Berlin-Charlottenburg GmbH in Ernst von Bergmann Innovation-Transfer-Gesellschaft mbH (EvB ITG) sowie die Änderung des Gesellschaftsvertrages der Medizinischen Versorgungszentrum Berlin-Charlottenburg GmbH gemäß Anlage 1 wird zugestimmt.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. für die Errichtung und den Betrieb des MED:IN einen Antrag auf Förderung durch die Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg zur Förderung der wirtschaftsnahen kommunalen Infrastruktur im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“-GRW - (GRW-I) zu stellen und
2. eine Vereinbarung über die Verwendung von Fördermitteln mit der Ernst von Bergmann Innovations-Transfer und Entwicklungsgesellschaft mbH (EvB ITG) nach Vorlage eines entsprechenden Förderbescheides final zu verhandeln und abzuschließen (Eckdaten zur vorgesehenen vertraglichen Ausgestaltung gemäß Anlage 3).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>15</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>2</b>

**zu 3.8 Grundstücksverkäufe zum Höchstgebot stoppen**  
**Vorlage: 18/SVV/0868**  
Fraktion DIE aNDERE

**zurückgestellt** – das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr fehlt.

**zu 3.9 Verkaufsstopp für städtische Grundstücke**  
**Vorlage: 18/SVV/0869**  
Fraktion DIE aNDERE

**zurückgestellt** – das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr fehlt.

**zu 3.10 Soziale Abfederung von steigenden Energiepreisen**  
**Vorlage: 18/SVV/0871**  
Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein und betont, dass es eine Verantwortung der Stadt dafür gebe, nach Wegen zu suchen, um einen sozialen Ausgleich für benachteiligte Haushalte zu finden.

Der Oberbürgermeister bittet Frau Eltrop, Geschäftsführerin der Energie und Wasser Potsdam, zu diesem Anliegen Stellung zu nehmen.

Frau Eltrop verweist darauf, dass es bereits Maßnahmen gebe, die insbesondere Familien im Blick haben. Der vorliegende Antrag sei zum Anlass genommen worden, auch andere Zielgruppen ins Auge zu fassen und so sei z.B. eine soziale Abfederung (z.B. für WBS-Berechtigte) bei gleichzeitiger Kundenbindung vorstellbar; diese Angebote gelten jedoch nur für Kunden der EWP. Im Juni sollen diese Überlegungen dem Aufsichtsrat vorgestellt werden, so dass sie heute keine weitergehenden Ausführungen zu den Angeboten machen könne.

Herr Heuer betont, dass die Vorstellungen der Fraktion DIE LINKE nicht neu seien und über Familientarife schon in einer Mitteilung auf die Drucksache 14/SVV/0657 informiert worden sei. Die jetzige Zielgruppe halte er für falsch gewählt und den Ansatz für unausgereift, wenn die vorhandenen Möglichkeiten zu Lasten des Unternehmens gehen. Er plädiert dafür, sich Zeit für die Diskussion des Anliegens zu lassen, denn schließlich könne jeder Kunde den Anbieter wechseln, wenn dieser zu teuer sei.

Herr Hohloch sieht es nicht als Aufgabe der Kommune an, Energiepreise sozial abzufedern. Er stimme der Aussage zu, dass die Energiepreise zu hoch seien, was aber Ergebnis der Energiewende sei und somit Sache der Bundespolitik.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass seine Fraktion mit dem Antrag ein Grundanliegen formuliert und Frau Eltrop dazu auch Vorschläge unterbreitet habe. Aus seiner Sicht werde mehr Wirkung erzeugt, wenn die Stadt mit ihren Möglichkeiten gemeinsam mit dem Unternehmen nach Wegen suche. Ein

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung könne dies unterstützen.

Der Oberbürgermeister betont, dass die Stadt mit dem Unternehmen schon im Gespräch sei und schlägt folgende Änderung des Beschlusstextes vor:

*Der Satz 2 ist zu streichen und wie folgt neu zu fassen:*

*Dazu sollen die Einschätzungen aus dem Beschluss DS 14/SVV/0657 fußenden Prüfbericht vom Mai 2015 erneut verifiziert und ggf. neue Ableitungen geprüft werden.*

*Der Stadtverordnetenversammlung ist Ende Mai 2019 ein Zwischenbericht vorzulegen.*

Herr Kolesnyk plädiert dafür, den Antrag **zurückzustellen**, bis die avisierten Vorschläge konkret vorgelegt werden können. Dem schließen sich Herr Anger und Herr Kirsch an.

**Abstimmung:**

Der Antrag auf Zurückstellung der Drucksache wird mit

9 JA-Stimmen **angenommen**,  
bei 4 Nein-Stimmen.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Müller, bis wann der Antrag zurückgestellt werden solle, schlägt der Oberbürgermeister einen Zwischenbericht in der Mai-Sitzung des Hauptausschusses vor. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

**zu 3.11 Gutshaus Satzkorn für öffentliche Nutzung erschließen**

**Vorlage: 18/SVV/0877**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Spira, Ortsvorsteher Satzkorn, erläutert das Anliegen des Antrags und die Historie des Gutshauses. Die Ergebnisse seiner initiierten Umfrage im Ortsteil liegen allen Mitgliedern des Hauptausschusses als Tischvorlage vor. Er betont, dass der Antrag als Hilferuf an die Stadt verstanden werden solle.

Herr Heuer betont seinen Respekt für die von Herrn Spira durchgeführte Umfrage und auch für die Einführung in das Thema; auch der Hilferuf sei erhört worden.

Er schlägt vor, den Beschlusstext zu ändern und das Wort „erwerben“ durch das Wort „erhalten“ zu ersetzen. Im Weiteren wolle er den 2. Satz des Beschlusstextes als Bestandteil der Prüfung verstanden wissen.

Herr Kirsch bittet darum, auch mögliche Fördermittel und die Anforderungen an eine denkmalgerechte Sanierung zu prüfen.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg bis wann diese Prüfung geleistet werden könne, schlägt Herr Exner einen Zwischenbericht im Juni 2019 im Hauptausschuss vor. Dieser Vorschlag wird von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen übernommen.

Der Antrag wird mit der Änderung im ersten Satz (ersetzen des Wortes „erwerben“ durch das Wort „erhalten“) und der Ergänzung, „*Ein Zwischenbericht*

soll dem Hauptausschuss im Juni 2019 gegeben werden“, zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ob und wie es möglich werden kann, dass Gutshaus Satzkorn zu ~~erwerben~~ **erhalten**. Es soll saniert und für öffentliche Funktionen nutzbar gemacht werden.

**Ein Zwischenbericht soll dem Hauptausschuss im Juni 2019 gegeben werden.**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

**zu 3.12 Vereinbarung zwischen Stadt Brandenburg an der Havel und der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 18/SVV/0885**

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit

Herr Thomann, Fachbereichsleiter Soziales und Gesundheit, bringt den Antrag ein.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam schließt mit der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über einen überregionalen Fachberatungsdienst für die soziale Beratung und Betreuung (Migrationsberatungsdienst) von Flüchtlingen ab.

Das Vertragsverhältnis beginnt am 01.01.2018 und endet am 31.12.2019. Sollte der Betreibervertrag vom 14.12.2017 gemäß § 12 Abs. 1 des Betreibervertrages verlängert werden, so verlängert sich dementsprechend auch die öffentlich-rechtliche Vereinbarung. In dem Betreibervertrag hat die Landeshauptstadt Potsdam ein zweimaliges Optionsrecht, den Betreibervertrag um jeweils ein Jahr zu verlängern.

**Abstimmungsergebnis:**  
Zustimmung: **15**  
Ablehnung: **1**  
Stimmenthaltung: **0**

**zu 3.13 Statistischen Jahresbericht nach Geschlechtern darstellen**

**Vorlage: 18/SVV/0891**

Stadtverordnete Janny Armbruster, Gesine Dannenberg, Birgit Eifler, Saskia Hüneke, Dr. Sigrid Müller, Ingeborg Naundorf, Dr. Karin Schröter, Jana Schulze, Katharina Tietz

Herr Jetschmanegg, Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung, äußert sein Verständnis für das Grundanliegen des Antrags und verweist darauf, dass in den

vorgelegten Statistikberichten zu Beginn immer ein Hinweis zum Thema Sprache gegeben oder eine geschlechterneutrale Sprache genutzt werde. Er macht darauf aufmerksam, dass das auch durchaus hinderlich beim Lesen der Berichte sein könne. 41 Tabellen des Jahresberichtes stellen bereits das, was mit dem Antrag gefordert werde dar, so dass gefiltert werden sollte, was konkret von besonderem Interesse ist, um die Chance zu haben, sich darauf zu konzentrieren.

Frau Armbruster räumt ein, dass das Anliegen in seiner Komplexität und Breite durchaus abgeschichtet werden könne und schlägt vor, den Antrag zurückzustellen, um das Anliegen gemeinsam mit der Verwaltung „zu sortieren“.

Auf die Nachfrage von Herrn Hohloch, ob hier nur die Darstellung der Daten gemeint sei oder auch das Gendern der Sprache, entgegnet sie, dass es um die Daten gehe.

**Abstimmung:**

Die **Zurückstellung** des Antrags wird

mit 15 Ja-Stimmen **angenommen**,  
bei 2 Stimmenthaltungen.

**zu 4            Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 4.1        Verfahrensvorschlag zur Mitwirkung der Stadtverordnetenversammlung an der Erstellung der Elternbeitragsordnung gemäß Beschluss: 18/SVV/0385 (MV: 18/SVV/0932)**

Herr Kümmel, stellt als Leiter der Arbeitsgruppe an Hand einer Powerpointpräsentation (im Ratsinformationssystem dem Tagesordnungspunkt als Anlage beigefügt) die anstehenden Aufgaben bis zur Erstellung einer neuen Elternbeitragsordnung dar. Er erläutert die Aufgabenpakete, wie

- Bedarf an organisatorischen und prozessualen Veränderungen
- Abarbeitung der Betriebskostenabrechnungen
- Vorarbeiten zur Erstellung einer neuen Elternbeitragsordnung
- Prüfung der externen Vergabe der EBO-Erstellung/Überprüfung

sowie den damit verbundenen Zeitplan. Daraus ergebe sich, dass eine neue Elternbeitragsordnung erst für das Kita-Jahr 2020/21 auf der Grundlage neuer BKA's möglich sei. Vorgeschlagen werde die frühzeitige Einbeziehung der Stadtverordneten durch einen Zwischenbericht im Hauptausschuss am 12.06.2019 und auch im Jugendhilfeausschuss sowie die Vorlage eines Abschlussberichtes der Arbeitsgruppe in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 06.11.2019.

Frau Dr. Müller betont in ihren Ausführungen, dass es gut sei, das Thema jetzt endlich in Gänze „anzufassen“ und empfiehlt, die Prozesse für die Ergebnisbewertung nachvollziehbar darzustellen. Die Lösung der mit Beschluss DS 18/SVV/0385 beauftragten Aufgaben erst im Jahr 2010, halte sie für problematisch.

Herr Kümmel betont, dass der Abschlussbericht Analysen und Varianten zu einer neuen Elternbeitragsordnung enthalten werde, um dann mit den Stadtverordneten im November 2019 in die Diskussion zu gehen – es werden keine vollendeten Tatsachen geschaffen. Frau Aibel, Beigeordnete für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, wirbt für Verständnis bezüglich der Zeitschiene. Dies liege daran, dass die Betriebskostenabrechnungen nicht isoliert betrachtet werden könnten.

Darüber hinaus, so der Oberbürgermeister, sei die Gesetzesänderung aus dem Jahr 2018 zu berücksichtigen. Auch er bittet darum, die seit 2011 aufgelaufenen Probleme in Ruhe abzuarbeiten und sich die notwendige Zeit dafür zu nehmen,

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

#### **zu 4.2      Jährliche Berichterstattung zum Forum Krampnitz gemäß Beschluss: 18/SVV/0130**

Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, zieht ein durchweg positives Resümee bezüglich der Einrichtung des Forums Krampnitz. Seit der Konstituierung im Januar 2018 haben die Forumsmitglieder in 7 Sitzungen viele Themen (z.B. das Mobilitätskonzept und das Energiekonzept) bewegt und habe sich das Forum als Instrument entwickelt, um die Dichte der Informationen zu bündeln und zu strukturieren sowie als Scharnier zwischen den Beteiligten zu funktionieren. Dies sei auch im Internet gut nachzuvollziehen; für Rückmeldung und weitere Ideen sei er trotzdem offen.

Am 29.01.2019 finde die nächste Sitzung statt.

#### **zu 4.3      Sanierung von Potsdamer Brücken Vorlage: 18/SVV/0931**

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Zu der vorliegenden Mitteilungsvorlage erläutert Herr Dr. Scharfenberg den Hintergrund der Antragstellung, der darin bestanden habe, die Auswirkungen parallel durchgeführter großer Baumaßnahmen darzustellen. Dass werde seiner Meinung nach in der vorgelegten Mitteilung nicht ganz deutlich, z.B. was es bedeute, wenn die Humboldtbrücke und die Lange Brücke gleichzeitig von Baumaßnahmen betroffen seien.

Herr Schenke, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen, entgegnet, dass die L 40 Priorität habe und erst nach Abschluss dieser Maßnahme im Jahr 2023 mit der Langen Brücke begonnen werde.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

#### **zu 5            Sonstiges**

## **Wahleinsprüche gegen die Wahl des OBM**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übergibt der Oberbürgermeister die Sitzungsleitung an Herrn Schultheiß als das an Jahren älteste Mitglied des Hauptausschusses.

Herr Dr. Pokorny, Fachbereichsleiter Verwaltungsmanagement, erläutert die vorliegenden Wahleinsprüche. Seitens der Fraktionen wird signalisiert, dass ein Beschluss in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ohne eine Vorprüfung des Hauptausschusses möglich sei.

Der Oberbürgermeister übernimmt die Sitzungsleitung.

## **Entsendung von Stadtverordneten zur Hauptversammlung des Deutschen Städtetages**

Die nächste Hauptversammlung des Deutschen Städtetages findet vom 04. – 06. Juni 2019 statt, zu der zwei Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung entsendet werden können. Da zwischen der jetzt notwendigen namentlichen Festlegung und dem o. g. Termin die Kommunalwahl stattfindet, ist die Frage zu klären, wie die Stadtverordnetenversammlung damit umgehen wolle, denn jetzt entsandte Stadtverordnete müssen nicht zwingend Mitglieder der neuen Stadtverordnetenversammlung sein. Die beiden in Rede stehenden Möglichkeiten, entweder nicht an der Hauptversammlung teilzunehmen oder Stadtverordnete zu entsenden, die Mitglieder des Hauptausschusses sind, sollte auf Empfehlung des Oberbürgermeisters in der nächsten Sitzung des Ältestenrates besprochen werden.

## **Direktwahl von Beiräten**

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, DS 18/SVV/0703 und der jetzt vorliegenden Mitteilungsvorlage DS 19/SVV/0087.

Mittlerweile habe der Landtag diese Gesetzeslücke geschlossen, so dass der Umsetzung nichts mehr im Wege stehe. Auf seine Nachfrage, wann mit einer entsprechenden Änderung der Hauptsatzung zu rechnen sei, sagt der Oberbürgermeister eine Information in der nächsten Hauptausschusssitzung zu.